

BDI Agenda

1. Februar 2016



BDI

Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.



Rechtliche Herausforderungen der Digitalisierung

Im Februar werden Gäste aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik mit etwa 300 Teilnehmern im Haus der Deutschen Wirtschaft auf der Konferenz mit dem Titel »Industrie 4.0: Digitale Wirtschaft – analoges Recht darüber diskutieren, ob die Rechtsordnung ein digitales Update braucht.

[>> Seite 2](#)

Meinung



Deutschland profitiert von offenen Grenzen

BDI-Präsident Ulrich Grillo sprach Ende Januar in einem Interview mit der Rheinischen Post unter anderem über die Folgen der Flüchtlingskrise.

[>> Seite 3](#)

BDI-Verbände

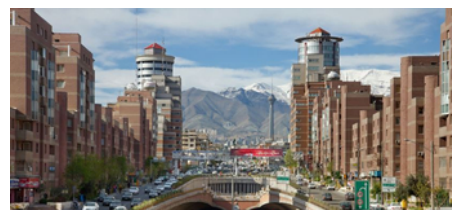


Überregulierung belastet Stahlindustrie

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl warnte Mitte Januar gemeinsam mit der IG Metall vor zu hohen Belastungen der Stahlindustrie in Deutschland.

[>> Seite 4](#)

Iran



BDI begrüßt Ende der Sanktionen

Insbesondere die Modernisierung der Industrie-Infrastruktur bietet gute Chancen für die deutsche Industrie.

[>> Seite 6](#)

Umwelt



Herausragende Innovationen prämiert

Der BDI und das Bundesumweltministerium haben Ende Januar gemeinsam den Deutschen Innovationspreis für Klima und Umwelt (IKU) verliehen.

[>> Seite 7](#)

Kultur



Kreativer Ansatz für Problemlösungen

Der Kulturkreis der deutschen Wirtschaft hat ein Seminar entwickelt, das die Entwicklung kultureller Kompetenzen von Unternehmensmitarbeitern fördert.

[>> Seite 9](#)

BDI-Themen

Mittelstand

[>> Seite 6](#)

3D-Druck

[>> Seite 7](#)

Gesundheitswirtschaft

[>> Seite 9](#)

Termine

[>> Seite 10](#)

Titelthema

Rechtliche Herausforderungen der Digitalisierung

Der BDI organisiert zusammen mit der Kanzlei Noerr am 11. Februar in Berlin eine Konferenz unter dem Titel »Industrie 4.0: Digitale Wirtschaft – analoges Recht?«. Zahlreiche Gäste aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik werden zusammen mit etwa 300 Teilnehmern darüber diskutieren, ob die Rechtsordnung ein digitales Update braucht. In der digitalen Wirtschaft stellen sich in vielen Bereichen neue Rechtsfragen, so etwa beim Umgang mit Daten, bei der Haftung für computergesteuerte Systeme und Produkte oder beim Geistigen Eigentum.

Neben BDI-Präsident Ulrich Grillo und Dieter Schweer, Mitglied der BDI-Hauptgeschäftsführung, werden auch Heiko Maas (SPD), Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz, und Andrea Voßhoff, Bundesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, an der Konferenz teilnehmen. Diskussionsgrundlage bietet eine Umfrage unter Rechtsabteilungsleitern deutscher Unternehmen und ein Rechtsgutachten zur digitalen Transformation der Wirtschaft, das der BDI bei der Kanzlei Noerr in Auftrag gegeben hat. Zentrale Fragen sind: Welche Regelungen erweisen sich als Hindernisse und welche funktionieren gut? Was muss sich ändern, damit die digitale Transformation gelingt und der digitale Binnenmarkt in Europa Wirklichkeit wird?

»Die Umfrage belegt klar, dass die Unternehmen bereit sind, ein hohes Maß an Eigenverantwortung zu übernehmen«, sagt Dieter Schweer. Bei vielen juristischen Problemen der Digitalisierung – etwa Geheimnisschutz, Cloud Computing oder Entwicklungskooperationen – bevorzugen Unternehmen standardisierte Muster- oder Individualverträge. Die deutsche Wirtschaft benötige einen einheitlichen und zukunftsfähigen europäischen Rechtsrahmen, um erfolgreich neue digitale Innovationen, Anwendungen und Geschäftsmodelle zu entwickeln. Gefragt sei dabei eine Gesetzgebung mit Augenmaß: weniger neue, aber eine stärkere Harmonisierung bestehender nationaler Regulierung.

Vorab wurde das Gutachten bereits in kleinerem Rahmen in Brüssel vorgestellt. Michael Hager, Kabinettschef von Günter Oettinger (CDU), Kommissar für digitale Wirtschaft und Gesellschaft, und Axel Voss (CDU), Mitglied des Europäischen Parlaments, diskutierten mit Vertretern der deutschen Industrie über Entwicklungen der digitalen Wirtschaft und die Auswirkungen auf die Rechtsordnung.

[»> Mehr Informationen zur Veranstaltung](#)

[»> Zum Gutachten](#)

Trends

Konjunkturrisiken: Exportrückgang und Eurokrise

Die weiterhin schwelende Schuldenkrise in Europa ist und bleibt der größte Risikofaktor für die eigene Geschäftsentwicklung. Zu diesem Urteil kommen sechs von zehn (61,1 Prozent) mittelständischen Unternehmen im aktuellen BDI/PwC-Mittelstandspanel. Weiterhin sorgen sich die Unternehmen um die nachlassende Exportdynamik und die fehlenden qualifizierten Fachkräfte.

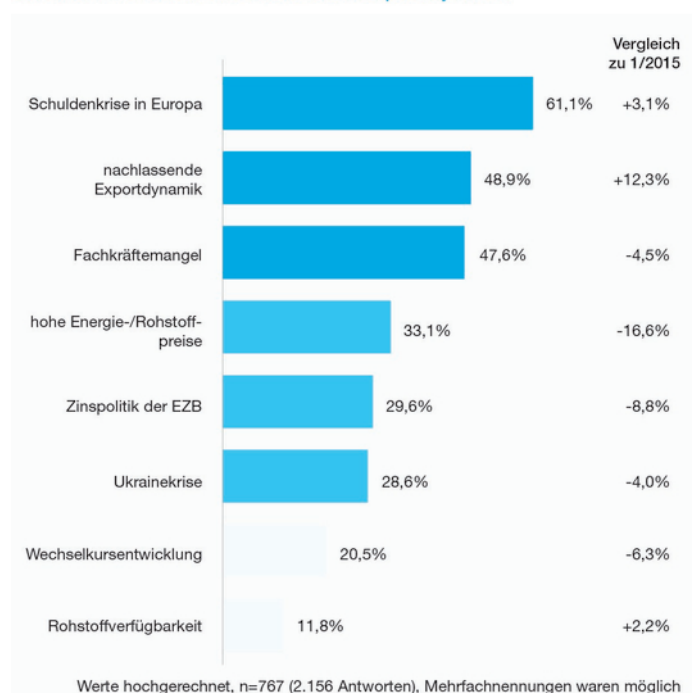
[»> Zur Pressemitteilung](#)

[»> Zum BDI/PwC-Mittelstandspanel](#)

[Mehr Informationen zur aktuellen Befragung finden Sie auch auf »> Seite 6](#)

Ansprechpartnerin:
Uta Knott
u.knott@bdi.eu

Zentrale Risikofaktoren: Schuldenkrise und nachlassende Exportdynamik



Quelle: BDI/PwC-Mittelstandspanel – Die Stimmungslage des industriellen Mittelstands

Meinung

»Deutschland als Exportnation profitiert besonders von offenen Grenzen«

BDI-Präsident Ulrich Grillo sprach Ende Januar in einem Interview mit der Rheinischen Post über die Folgen der Flüchtlingskrise, die Rolle der Bundesregierung und über Belastungen für Unternehmen durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Anlass war ein Redaktionsbesuch in der Zentrale der Zeitung in Düsseldorf. Wir dokumentieren die Aussagen des BDI-Präsidenten in gekürzter Form.

Schutzbedürftigen Menschen Hilfe zu gewähren bleibt unsere Pflicht. Dennoch müssen wir aufpassen, dass wir die Gesellschaft nicht überfordern. Einen weiteren Zuzug in gleichem Tempo können wir sicherlich nicht verkraften. Die EU muss die Flüchtlingsströme besser steuern. Die offenen Grenzen innerhalb der EU sind ein hohes Gut, sie machen die Vorteile Europas für alle spürbar – auch und gerade in den Unternehmen. Ziel muss es sein, die Außengrenzen der EU effektiv zu kontrollieren. Je besser das gelingt, desto weniger Druck gibt es an den nationalen Grenzen. Gleichwohl ist nicht auszuschließen, dass Deutschland seine Grenzen zeitweise viel stärker als heute kontrollieren muss.

Grenzschließungen würden uns in Europa alle hart treffen

Deutschland als Exportnation profitiert besonders von offenen Grenzen. 60 Prozent der deutschen Exporte gehen in Länder innerhalb der EU, diese würden durch neue Schlagbäume behindert. Umso wichtiger ist es, wirksamere Wege zur Senkung der Flüchtlingszahlen zu finden. Ich finde es konsequent, dass die Kanzlerin ihre Position in der Flüchtlingsfrage durchhält und verteidigt. Doch dauerhaft lösen kann sie die Flüchtlingskrise nur gesamteuropäisch.

Wir sollten die Flüchtlingsdebatte zum Anlass nehmen, um über Hemmnisse auf dem deutschen Arbeitsmarkt und qualifizierte Zuwanderung zu reden. Wegen fehlender Sprachkenntnisse und beruflicher Qualifikationen sind die wenigsten Flüchtlinge direkt im Betrieb einsetzbar. Die Kanzlerin hat gesagt, große Koalitionen seien dazu da, große Probleme zu lösen. Das erwarte ich nun in der Flüchtlingsfrage. Statt sich öffentlich zu streiten, sollte die Politik handeln. Eine Regierung, die bei so einer zentralen Herausforderung öffentlich zerstritten auftritt, schwächt sich selbst – auch gegenüber ihren europäischen Partnern. Das schadet dem Land.

Die Politik muss die Notbremse ziehen

Eine weitere Herausforderung für unser Land und besonders für unsere Unternehmen sind die hohen Energiekosten. Sie scha-



BDI-Präsident Ulrich Grillo

den uns im internationalen Wettbewerb. Strom bei uns ist zu teuer, in anderen Ländern kostet er oft nur die Hälfte. In Teilen meines Unternehmens ist Strom für bis zu 30 Prozent der Kosten verantwortlich. Grund ist vor allem die teure Förderung von Ökostrom. Sein Anteil an der Gesamtmenge wächst zu schnell, die Netzengpässe nehmen zu. Die angestrebte Kostenkontrolle hat in der Praxis versagt. Umso wichtiger ist eine durchgreifende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes EEG.

Mit einer Reform des EEG muss vor allem die EEG-Umlage reduziert werden – aktuell 24 Milliarden Euro im Jahr, die überwiegend die Unternehmen tragen. Wir brauchen viel mehr Wettbewerb. Die Garantie von Mengen und Preisen beim Ökostrom führt zu hohen Belastungen und gehört abgeschafft. Nötig ist eine konsequente Mengen- und Kostenkontrolle im EEG. Wir können bis 2050 nicht gleichzeitig aus Kohle, Gas und Kernkraft aussteigen. Das ist illusorisch. Noch ist die Speichertechnologie nicht so weit, dass wir allein auf erneuerbare Energien setzen könnten. Nicht nur das Industrieland Deutschland braucht eine sichere Stromversorgung. Jeder private Haushalt erwartet das.

Natürlich ist die Zukunft der Kohle begrenzt. Aber dafür sollen Preismechanismen sorgen – und kein politisch fixierter Abschaltplan. Für das Weltklima ist es unerheblich, jetzt zu definieren, in exakt welchem Jahr wir national aus der Kohle aussteigen. Deutschland ist nur für drei Prozent der weltweiten Kohlendioxid-Emissionen verantwortlich – Tendenz fallend. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht vom Vorreiter zum Einsiedler werden. Wir müssen in der Energiepolitik nach vielen Experimenten und irrigten Prognosen endlich eine Lektion lernen: Statt politischem Aktionismus brauchen wir langfristige Verlässlichkeit.

BDI-Verbände

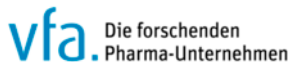
Wirtschaftsvereinigung Stahl

Überregulierung und Billigimporte belasten Stahlindustrie

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl warnte Mitte Januar in einem gemeinsamen Eckpunktepapier mit der IG Metall vor zu hohen Belastungen der Stahlindustrie in Deutschland durch politische Überregulierung und Billigimporte. »Schon heute wird mit den explodierenden chinesischen Stahl-Importen als ökologischer Rucksack wesentlich mehr CO₂ nach Europa importiert, als wenn der Stahl hierzulande produziert würde. Dies schadet sowohl dem Klima als auch den Stahlunternehmen. Die Verschärfung des Emissionshandels würde dieses Problem massiv vergrößern«, sagte Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl.

www.stahl-online.de

VFA

Engagement gegen Antibiotika-Resistenzen verstärken

Mitte Januar bekannte sich die Pharma-, Biotech- und Diagnostika-Industrie zu einer Ausweitung der Anstrengungen gegen die wachsende Resistenzproblematik gemeinsam mit der Politik. Mehr als 80 Unternehmen sowie zahlreiche Industrieverbände haben dazu die »Declaration by the Pharmaceutical, Biotechnology and Diagnostics Industries on Combating Antimicrobial Resistance« unterzeichnet. »Die Problematik der Antibiotika-Resistenzen verlangt nach entschlossenen Lösungen und neuen Wegen. Deshalb ist der Ansatz dieser Deklaration genau der richtige. Ein so großes Problem kann nur im Zusammenwirken von Unternehmen, Wissenschaft, Politik, Ärzten und Kostenträgern angegangen werden.« Das sagte Birgit Fischer, die Hauptgeschäftsführerin des Verbands der forschenden Pharma-Unternehmen.

www.vfa.de

Bitkom

Vor der CeBIT: Bitkom-Branche startet mit Zuversicht ins Jahr

Wenige Wochen vor der CeBIT herrscht bei den Unternehmen der Digitalwirtschaft überwiegend Optimismus. Drei Viertel der Unternehmen (74 Prozent) erwarten für das erste Halbjahr steigende Umsätze verglichen mit dem Vorjahreszeitraum. Nur acht Prozent rechnen mit rückläufigen Geschäften. Diese positiven Erwartungen werden sich wie in den Vorjahren auch auf den Arbeitsmarkt auswirken. »In den vergangenen fünf Jahren haben die ITK-Unternehmen rund 135.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Zum Jahreswechsel gab es in der Bitkom-Branche erstmals mehr als eine Million Beschäftigte«, sagte Bitkom-Hauptgeschäftsführer Bernhard Rohleder Mitte Januar.

www.bitkom.org

BDLI

Veröffentlichung der militärischen Luftfahrtstrategie wird begrüßt

Der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) begrüßte Mitte Januar die Veröffentlichung der militärischen Luftfahrtstrategie durch das Bundesministerium der Verteidigung. Sie weist der militärischen Luftfahrtindustrie in Deutschland eine besondere, strategische und technologische Bedeutung zu. BDLI-Präsident Bernhard Gerwert: »Wir werden für unseren Kunden Bundeswehr ein zuverlässiger und kompetenter Partner bei der Umsetzung der militärischen Luftfahrtstrategie sein. Dies gilt sowohl für die Systemindustrie als auch für unsere mittelständisch geprägten Mitgliedsunternehmen und deren rund 22.000 direkt beschäftigten, hochqualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir danken dem Bundesministerium der Verteidigung für das Vertrauen in unsere Branche und für die Konkretisierung der Zukunftsperspektiven, die für unsere Unternehmen und ihre Beschäftigten von hoher Bedeutung ist.«

www.bdl.de

VDMA

Junge und innovative Unternehmen werden bei Investitionen benachteiligt

Private Investitionen hängen entscheidend von der Umsatzentwicklung eines Unternehmens und dessen Kapitalkosten ab. Aufgrund der geltenden Steuerregeln sind dabei Unternehmen benachteiligt, die Investitionen mit Eigenkapital finanzieren und geringere Chancen für eine Fremdfinanzierung haben – also insbesondere junge und innovative Unternehmen. »Die Studie im Auftrag der IMPULS-Stiftung zeigt eindrucksvoll, welche Erklärungsgründe für das Niveau der privaten Investitionstätigkeit in Deutschland vorliegen und welche Investitionshemmnisse es durch staatliche Rahmenbedingungen gibt. Fakt ist: Insbesondere die mangelnde Finanzierungsneutralität der Besteuerung, d.h. die Benachteiligung von Eigenkapital, hat die Investitionstätigkeit behindert. Hier ist politisches Handeln dringend geboten, im Interesse des Wirtschaftsstandorts Deutschland«, forderte Thomas Lindner, Vorsitzender des Kuratoriums der Impuls-Stiftung, Mitte Januar.

www.vdma.org

WVMetalle

Deutlicher Anstieg von Importen aus China

Im Vorfeld einer Entscheidung der EU-Kommission zum Marktwirtschaftsstatus China weist die Wirtschaftsvereinigung Metalle Mitte Januar auf einen immensen Anstieg von Importen aus China hin. »Allein beim Import von Aluminiumhalbzeug nach Deutschland gab es von Januar bis September 2015 im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme von 130 Prozent«, sagte Franziska Erdle, Hauptgeschäftsführerin der WVMetalle. Die Entwicklung, dass chinesische Überkapazitäten zu nicht wettbewerbsfähigen Preisen auf den deutschen Markt kommen, müsse bei der Entscheidung unbedingt beachtet werden. Die von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie zu möglichen Effekten auf Antidumping-Verfahren bezeichnet Erdle als ungenügend. »Die geplante Studie zeigt nur einen Bruchteil der ökonomischen Effekte.«

www.wvmetalle.de

Iran

BDI-Präsident Grillo begrüßt Ende der Sanktionen

Mit der Aufhebung der nuklearbezogenen Sanktionen erwartet die deutsche Industrie einen enormen Wachstumsschub im Geschäft mit dem Iran. »Angesichts des außerordentlich großen Nachholbedarfs bei der Modernisierung der Industrie-Infrastruktur halten wir eine Verdopplung der Ausfuhren von derzeit rund 2,4 Milliarden Euro in den kommenden fünf Jahren für realistisch«, sagte BDI-Präsident Ulrich Grillo.

Insbesondere die Modernisierung der Ölindustrie eröffne dem deutschen Maschinen- und Anlagenbau große Marktchancen. Weitere Gelegenheiten für die Industrie bieten sich dem BDI zufolge etwa im Automobilbau, in der chemischen Industrie, der Gesundheitswirtschaft, im Ausbau erneuerbarer Energien, in der Abfallwirtschaft oder der Baustoffindustrie.

Gleichzeitig biete die wirtschaftliche Öffnung des Landes neue Möglichkeiten, gemeinsam mit allen Partnern an einer Stabilisierung der Region zu arbeiten. »Ich appelliere an die Bundesregierung und die Regierungen der Länder der Golfregion, die Voraussetzungen für eine dauerhafte Befriedung zu schaffen«, unterstrich Grillo.



Ansprechpartner:
Benjamin Godel
b.godel@bdi.eu

Mittelstandspanel

Bürokratie und Fachkräftemangel belasten Mittelstand

Unternehmen kritisieren die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland und fordern eine zügige Integration von Flüchtlingen. Die seit Mitte 2015 geltende Bürokratiereimse soll die deutsche Wirtschaft entlasten, aber zahlreiche Regulierungen machen mittelständischen Industrieunternehmen das Leben weiterhin schwer.

Entsprechend stufen knapp 50 Prozent der befragten Unternehmen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland nur als »befriedigend« ein. 42 Prozent beurteilen die Rahmenbedingungen als »gut« bis »sehr gut«. Rund neun Prozent der befragten Unternehmen kommen zu einer negativen Einschätzung. 82 Prozent geben an, dass die Last in den vergangenen fünf Jahren gestiegen ist. Weniger als ein Prozent der industriellen Mittelständler spürt eine Entlastung von der Bürokratie. Das sind zentrale Ergebnisse des aktuellen BDI/PwC-Mittelstandspanels, an dem 794 Unternehmen teilgenommen haben.

»Die bürokratischen Lasten hemmen die Unternehmen in ihrem wirtschaftlichen Vorankommen«, sagt Peter Bartels, PwC-Vorstandsmitglied und Leiter des Bereichs Familienunternehmen und Mittelstand. »Der Gesetzgeber muss sich daher die Frage stellen, ob die Maßnahmen zum Bürokratieabbau schon ausrei-

chen.« Hans-Toni Junius, Vorsitzender des BDI/BDA-Mittelstandsausschusses, ergänzt: »Vor allem sozialpolitische und steuerrechtliche Regelungen sowie Umweltauflagen belasten die mittelständischen Industrieunternehmen.«

Mit der eigenen wirtschaftlichen Lage sind die deutschen Mittelständler dagegen zufrieden: Nahezu die Hälfte der Unternehmen (rund 48 Prozent) beurteilt sie als »gut« oder »sehr gut«. Auch für die kommenden sechs bis zwölf Monate rechnet der industrielle Mittelstand mit einer stabilen Entwicklung. »Im Vergleich zu unserer Frühjahrsbefragung ist der Anteil der Unternehmen, die sich aktuell in einer guten bis sehr guten Verfassung befinden, deutlich gestiegen«, erläutert Junius. »Insgesamt verzeichnete jedes fünfte Unternehmen seitdem eine positive Geschäftsentwicklung.« Vor allem Unternehmen, die auf ausländischen Märkten aktiv sind, schätzen ihre aktuelle Wirtschaftslage optimistisch ein.

[>> Zum aktuellen BDI/PwC-Mittelstandspanel](#)

Ansprechpartnerin:
Uta Knott
u.knott@bdi.eu

Rohstoffe

Durch 3D-Druck wird die Bedeutung der Rohstoffsicherung weiter zunehmen

Aufgrund der zunehmenden Anwendung des 3D-Drucks in der Metallverarbeitung hat der BDI die Chancen und Herausforderungen für die Rohstofflieferkette in einem Positionspapier analysiert. Der BDI rechnet mit einem steigenden Interesse der Industrie an Bezugsmöglichkeiten für die speziellen Metallpulver und empfiehlt daher, dass die Deutsche Rohstoffagentur (DERA) in ihrem regelmäßigen »DERA-Rohstoffmonitoring« Informationen zu deren Verfügbarkeit bzw. Markt- und Preisentwicklung aufnimmt.

Beim 3D-Druck wird ein Bauteil auf Basis eines dreidimensionalen, digitalen Bauplans durch das schichtweise Auftragen von Material aufgebaut. Nicht nur Kunststoffe werden in diesem Verfahren verarbeitet – auch Metalle in Pulver-, Draht- oder Pastenform werden mittlerweile so gefertigt. Der 3D-Druck findet zunehmend auch in der Serienfertigung Anwendung.

Aus Sicht des BDI hat der 3D-Druck das Potenzial, den Rohstoffbedarf und die Art der Rohstoffsicherung für die deutsche Industrie zu verändern. In Zukunft werden Unternehmen, die bisher ausschließlich Komponenten bzw. Halbzeuge bezogen haben, selbst zu Rohstoffbeziehern und müssen eine sichere Versorgung mit dem Ausgangsmaterial sicherstellen. Bereits heute werden Metalle wie Edel- und Werkzeugstahl, Titan, Aluminium oder Kobalt- sowie nickelbasierte Legierungen im 3D-Druck eingesetzt. Zwischen 2009 und 2014 hat sich die weltweite Nachfrage nach speziellen Metallpulvern für den 3D-Druck vervierfacht.

[»> Zum Positionspapier](#)

Ansprechpartnerin:
Eva Stollberger
e.stollberger@bdi.eu

Umwelt

Herausragende Innovationen prämiert

Der BDI und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) haben Ende Januar gemeinsam den Deutschen Innovationspreis für Klima und Umwelt (IKU) verliehen. Holger Lösch, Mitglied der BDI-Hauptgeschäftsführung, und Ministerin Barbara Hendricks zeichneten Preisträger in fünf Kategorien sowie einen Sonderpreis für Biodiversität aus. Prämiert werden herausragende Umwelt-Innovationen von deutschen Unternehmen und Forschungseinrichtungen.

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks sagte anlässlich der Verleihung: »Der Erfindergeist und die Innovationsbereitschaft der deutschen Industrie gehören zu den größten Trümpfen unserer Umwelt- und Klimapolitik. Gemeinsam werden wir zeigen, dass wir beim Klimaschutz vorangehen und trotzdem ein starkes Industrieland bleiben können. Die heute prämierten Innovationen zeigen, dass ambitionierter Umweltschutz die deutsche Industrie stärker macht.«

Holger Lösch betonte die Vorreiterrolle der deutschen Industrie bei den weltweiten innovativen Umwelt- und Klimaschutztechnologien. Die Preisträger des IKU zeigten dies wieder einmal eindrucksvoll. »Deutschland wird in Zukunft noch viel stärker auf solche innovativen Vorsprünge angewiesen sein, um Wohlstand und Wachstum zu erhalten«, unterstrich Lösch. »Die Politik kann und muss dies flankieren und bei ihren Maßnahmen die Auswirkungen auf die Innovationsfähigkeit der Unternehmen in Zukunft noch stärker im Auge behalten.«

Der IKU ist eine renommierte Auszeichnung, die in diesem Jahr bereits zum fünften Mal gemeinsam von BMUB und BDI verge-



Die Preisträger mit Moderatorin Birgit Klaus (l.), dem Jury-Vorsitzenden Klaus Töpfer (5.v.l.), Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (6.v.l.) und Holger Lösch, Mitglied der BDI-Hauptgeschäftsführung (3.v.r.)

ben wird. Das Preisgeld beträgt 25.000 Euro. Ausgewählt wurden die Preisträger von einer hochrangig besetzten Jury unter Vorsitz von Klaus Töpfer, dem ehemaligen Bundesumweltminister und Gründungsmitglied des 2009 gegründeten Instituts für Klimawandel, Erdsystem und Nachhaltigkeit in Potsdam.

[»> Zu den Preisträgern des IKU-Wettbewerbs 2015](#)

Ansprechpartner:
Franz-Josef von Kempis
v.kempis@bdi.eu

Europäischer Investitionsplan

BDI-Workshop zeigt Chancen für deutsche Unternehmen

Ende Dezember veranstaltete der BDI gemeinsam mit der Botschaft des Großherzogtums Luxemburg, der Europäischen Kommission und der Europäischen Investitionsbank (EIB) einen Workshop zum Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI).

Mit dem EFSI möchte die Europäische Kommission Investitionen in Höhe von 315 Milliarden Euro für die Realwirtschaft realisieren. Damit sollen bis zu 1,3 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen und das Wachstum der europäischen Wirtschaft angekurbelt werden. Rund 80 Teilnehmer informierten sich beim BDI-Workshop über die neuen Finanzierungsquellen des EFSI für die Industrie.

Nach den Keynotes von BDI-Hauptgeschäftsführer Markus Kerber und EIB-Vizepräsident Ambroise Fayolle berichteten Fachexperten der EIB und der Europäischen Kommission über die Details des EFSI. Insbesondere für den Mittelstand ergeben sich durch den Fonds große Potenziale. Der BDI-Hauptgeschäftsführer und die Co-Veranstalter betonten die dringende Notwendigkeit von Investitionen für die Digitalisierung der europäischen Wirtschaft.



EFSI-Workshop im Dezember 2015 im Haus der Deutschen Wirtschaft

[>> Mehr Informationen und Konferenzmaterialien](#)

Ansprechpartner:
Dr. Wolfgang Eichert
w.eichert@bdi.eu

Recht

Keine Verkürzung der Mindestfristen im Vergaberecht

Der BDI fordert, besonders bei komplexen und zeitintensiven Aufträgen die Mindestfristen für den Eingang von Angeboten und Teilnahmeanträgen nicht zu verkürzen. Anlass ist die »Verordnung zur Modernisierung des Vergaberechts«, die das Bundeskabinett Ende Januar beschlossen hat.

Die derzeit gültigen Mindestfristen sind bereits so knapp bemessen, dass Angebote innerhalb dieser Zeit nur schwer mit der gebotenen Sorgfalt vorbereitet werden können. Eine weitere Mindestfristverkürzung kann mit erheblichen Nachteilen verbunden sein: Können Angebote nicht mehr hinreichend vorbereitet werden, erhöht das die Fehleranfälligkeit und die Gefahr des Ausschlusses. Ist die Bearbeitungszeit zu knapp bemessen, werden sich vor allem kleine und mittlere Unternehmen gar nicht erst an Ausschreibungen beteiligen. In der Folge können Aufträge nicht realisiert werden.

Auch nach Ansicht der EU-Kommission ist es denkbar, dass das nationale Recht bei der Umsetzung der EU-Richtlinie die Bestimmungen präzisieren könnte. Damit hätten öffentliche Auftraggeber bei komplexen und zeitintensiven Aufträgen längere Mindestfristen zu beachten. Der BDI fordert eine entsprechende Anpassung der Mindestfristen im Verordnungsentwurf. Dieser Entwurf wurde aufgrund eines entsprechenden Parlamentsvorbehalts zunächst dem Bundestag zugeleitet und wird erst anschließend dem Bundesrat übermittelt.

[>> Mehr zur Reform des Vergaberechts](#)

Ansprechpartnerin:
Anja Mundt
a.mundt@bdi.eu

Kultur

Kreativer Ansatz für Problemlösungen in der Wirtschaft

Der Kulturkreis der deutschen Wirtschaft hat ein Führungskräfte-Seminar entwickelt, um die kulturellen Kompetenzen und die Persönlichkeitsentwicklung von Unternehmensmitarbeitern zu schärfen. Im Cultural Executive Education Program lernen junge Führungskräfte von Kreativen und Künstlern für ihren Berufsalltag in der Wirtschaft.

Die Seminar-Teilnehmer erleben die Kreativfelder von Tanz über Malerei bis hin zum Dirigieren nicht nur theoretisch, sondern sie agieren selbst, schärfen damit ihre kulturelle Kompetenz und erweitern ihre Handlungsspielräume. Der Dialog mit Künstlern und Kulturschaffenden transformiert die eigene Wahrnehmung, stärkt die Reflexionsfähigkeit und fördert das konstruktive Denken. Partner des maßgeschneiderten viertägigen Weiterbildungsprogramms sind herausragende Kulturinstitutionen der Hauptstadt wie das Deutsche Theater, die Deutsche Oper, die Berliner Philharmonie und die Privatsammlung von Karen und Christian Boros.

Die nächste buchbare Staffel à zwei Wochenenden wird im Juni (3. und 4. Juni sowie 17. und 18. Juni) in Berlin stattfinden. Die Teilnehmerzahl ist auf 15 begrenzt.



Teilnehmer des CEEP vor einem Bild des Malers Andreas Golder, der sein künstlerisches Wissen an die Young Professionals vermittelt.

Ansprechpartnerin:
Dorothea Lemme
d.lemme@kulturkreis.eu

Gesundheitswirtschaft

Jetzt bewerben für den Preis der deutschen Gesundheitswirtschaft

Der BDI verleiht im Herbst in Berlin gemeinsam mit der German Healthcare Partnership (GHP) und BIO Deutschland erstmalig den Preis der Deutschen Gesundheitsaußenwirtschaft. Der Preis soll danach alle zwei Jahre verliehen werden. Bewerbungen sind bis zum 30. April möglich.

Der Preis der Deutschen Gesundheitsaußenwirtschaft honoriert besondere Innovationen und herausragendes Engagement in Bezug auf die Auslandsaktivitäten der gesamten deutschen Gesundheitswirtschaft. Die Schirmherrschaft für die erste Verleihung hat Brigitte Zypries, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Der Preis ist in zwei Kategorien unterteilt:

Kategorie I

Sind Sie ein kleines oder mittleres Unternehmen und haben innovative Produkte, Dienstleistungen, Technologien oder Lösungen im Bereich der Gesundheitswirtschaft entwickelt, die besonders auf die Bedürfnisse von Entwicklungs- und Schwellenländern zugeschnitten sind? Bitte füllen Sie dazu das Bewerbungsformular für Kategorie I aus.

Kategorie II

Sind Sie ein Unternehmen, eine Einzelperson, Einrichtung, Initiative oder ein Netzwerk mit besonders innovativen Programmen, Projekten, Produkten, Dienstleistungen, Technologien oder Lösungen zur Stärkung der Gesundheitsinfrastruktur oder zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für deutsche, international orientierte Akteure des Gesundheitssektors? Oder kennen Sie solche? Sie haben in der Kategorie II die Möglichkeit sich selber zu bewerben oder andere als Preisträger vorzuschlagen. Bitte füllen Sie dazu das Bewerbungsformular für Kategorie II aus.

Ausgefüllte Bewerbungsformulare senden Sie bitte an Juliane Fliedner (j.fliedner@bdi.eu).

>> [Mehr Informationen](#)

Ansprechpartnerin:
Juliane Fliedner
j.fliedner@bdi.eu

Konjunktur

Kein nachhaltiges Wachstum

Der BDI rechnet für 2016 mit 1,9 Prozent realem Wachstum der deutschen Wirtschaft. Maßgeblich getragen wird diese wirtschaftliche Entwicklung von der Binnenwirtschaft: Treiber ist der private Konsum, gestützt durch die anhaltend positive Entwicklung am Arbeitsmarkt und dem geringen Preisauftrieb. Das geht aus dem Ende Januar vom BDI veröffentlichten Quartalsbericht Deutschland hervor.

»Nachhaltig ist dieses Wachstum aber nicht«, warnt BDI-Hauptgeschäftsführer Markus Kerber. »Auch wenn unsere Volkswirtschaft wächst, brauchen wir Antworten auf die gewaltigen Herausforderungen, vor denen unser Land steht. Die Bundesregierung hat es in der ersten Hälfte der Legislaturperiode verpasst, Deutschland wirtschaftlich stärker zu machen.« Nötig seien starke Impulse bei der Energiewende, der Digitalisierung und im Verkehr. »Wir erwarten von der Bundesregierung eine Politik für mehr öffentliche und private Investitionen«, sagt Kerber.

Niedrige Zinsen und eine stärkere Eigenkapitalbasis der Unternehmen allein reichen nicht aus, den Investitionen den nötigen Schub zu verleihen. Durch die schwächelnde Weltwirtschaft werden deutsche Ausfuhren nicht mehr in dem Maße steigen wie in den vergangenen Jahren. So werden die Importe in diesem Jahr stärker steigen als die Ausfuhren. Der BDI rechnet mit einem Anstieg der realen Exporte um 4,5 Prozent und der Importe um 5,3 Prozent. Geopolitische Risiken und die Börsenturbulenzen in China verunsichern die Unternehmen zunehmend.

[>> Zum Quartalsbericht I / 2016](#)

Ansprechpartner:
Thomas Hüne
T.Huene@bdi.eu

BDI-Termine:

[>> bdi.eu/der-bdi/aktivitaeten-und-Veranstaltungen/](http://bdi.eu/der-bdi/aktivitaeten-und-Veranstaltungen/)

11.02.2016	Industrie 4.0: Digitale Wirtschaft – analoges Recht?	Berlin
12.02.2016	Spionage, Sabotage, Kriminalität – eine unterschätzte Gefahr für die deutsche Industrie? BDI/vbw-Veranstaltung im Vorfeld der 52. Münchner Sicherheitskonferenz	München
18.02.2016	Sri Lankan-German Business Forum	Berlin
24.04.2016	Wirtschaftsforum	Hannover
25.04.2016	U.S.-German Business Summit	Hannover

BDI-Newsletter abonnieren:

<http://bdi.eu/media/newsletter-abo/>

Bildnachweise: Fotolia/iWorkAlone (1), BDI/Kruppa (1,3,7), Fotolia/LE Image (1,4), Fotolia/Borna Mir (1,6), BDI/Eichert (8), Kulturkreis/Helene Altenstein (9)

Redaktion: Holger Lösch und Dr. Jobst-Hinrich Wiskow (V.i.S.d.P.), Maximilian Bettzuege, Sonja Wanjek
Die Verantwortung für die Inhalte der Fremdbeiträge tragen die jeweiligen Autoren.

Herausgeber: Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.
Breite Straße 29; 10178 Berlin



BDI

Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.